

Und das Klopapier von Manufactum

Ein Brief an die Grünen

Liebe Grüne,

ihr habt einfach tolle Leute in der Partei. Wo ihr die nur findet. Dieser Wolfgang Wieland zum Beispiel, Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Brandenburg. Der hat gleich im Sommer 2004 gesagt, dass er die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gut findet, weil es «etwa der Hälfte der Betroffenen» nach der Reform besser gehen würde. Stimmt genau. Die eine Hälfte sind die Arbeitslosen und die andere Hälfte sind die Arbeitgeber. Und denen geht es gut mit Hartz IV. Wirklich schade, dass so ein weitsichtiger Politiker den Einzug in den Landtag nicht geschafft hat.

Ins Herz geschlossen habe ich auch eure Katrin Göring-Eckardt. Die adrette Frau Göring-Eckardt kann ganze Sätze bilden, zum Beispiel den: «Wir wollen, dass Hartz IV Wirklichkeit wird.» Wenn sie jetzt auch noch des Lesens und des Schreibens fähig sein sollte, ist sie wirklich die ideale Wahl für euren Bundestagsfraktionsvorsitz. Da gehören nur die Besten hin.

Und Joschka natürlich. Was für ein Mann. Das ganze Gesicht eine einzige bedeutsame Knautschzone der Verantwortung für die Welt. Echt sexy. Nur beim Sprechen mag man ihm kaum zuhören. Wirklich Mitleid erregend, wie er sich jedes Wort herausquetschen muss, seit die Erdkugel samt allen Krisengebieten auf seinen Schultern liegt. Da muss irgendwas auf sein Denkkern drücken... Der nordamerikanische Kontinent vielleicht? Dennoch. Selbst vor dem deutschen Schlachtfeld kneift Joschka nicht. Bei eurem Cottbusser Sonderparteitag im Juni 2003, auf dem sich am Ende mehr als 90 Prozent der Delegierten hinter den Kanzlerkurs und die Agenda 2010 stellten, ermahnte er euch: «Wir diskutieren heute Regierungshandeln, nicht ein Grundsatzprogramm.» Klar! Wer regieren will, kommt ohne Grundsätze besser aus. Wer regieren will, braucht aber Reinhard Bütikofer. Denn der wiederum braucht dringend eine bezahlte Stelle als Politiker. Er hat ja sonst nichts gelernt. 51 Jahre ist er alt und schon 30 Jahre in der Politik. Sein Studium brach er ab, schrieb die taz, «um sich fortan selbstbewusst <Politiker> zu nennen». Dafür hat er sich angepasst, dafür hat er Rückschläge eingesteckt und Kränkungen, dafür hat er sich angeboten bei eurem Parteitag 2002 - als plötzlich ein Parteivorsitzender gesucht wurde, weil ihr ein letztes Mal über einen alten basisdemokratischen Zopf gestolpert wart, die Trennung von Amt und Mandat.

Liebe Grüne, ihr seid bewundernswert konsequent. Mit eurer Hilfe können wir wieder in den Krieg ziehen. Und unter der Regie von Reinhard Bütikofer habt ihr das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz und Hartz IV erreicht, also die Bekämpfung der Arbeitslosen. Ohne euch, liebe Grüne, das kann man mit Fug und Recht behaupten, wären diese Maßnahmen nicht zustande gekommen. Denn die Frage heißt, gab «Realo» Reinhard Bütikofer auf dem Cottbusser Parteitag zu Protokoll: «Sind wir eine Linke, die etwas ändern will, oder sind wir strukturkonservativ?»

Strukturkonservativer! So beschimpfen Neoliberale jene Spezies, die gegen besseres Wissen an ein oder zwei sozialen Errungenschaften festhalten wollen. Aber das kann man euch doch wahrlich nicht vorwerfen. Eure heutige Klientel weiß doch gar nicht, in welcher Straße das nächste Sozialamt liegt. Und was man da überhaupt macht. Oder was für ein Leben das ist, wenn man Tag für Tag zum Beispiel an der Kasse eines Supermarktes sitzt. Oder Rinderdärme füllt. Oder Stromzähler abliest.

Ja, solche Berufe gibt es. Mitten unter uns. Keine Ex-Ferienjobs von abgebrochenen Ex-Studenten, die einst in kommunistischen Hochschulgruppen die Welt verbesserten und sich jetzt ihrer guten Kontakte zur Wirtschaft rühmen, wie Herr Bütikofer zum Beispiel.

Nein, hier geht es um andere Lebenswege. Um Menschen, die hart arbeiten, aber meist für wenig Geld. Und wenn sie mit 50 ihren Job verlieren, will sie niemand mehr haben. Aber solche Leute kennt ihr nicht. Die trifft man nicht im Bioladen und auch nicht bei diesem kleinen Italiener... zu dumm, gerade fällt mir der Name nicht ein, aber ihr wisst schon, der mit den entzückenden Antipasti.

Ihr seid die Partei der Besserverdienenden. Das mittlere Einkommen eurer Wähler liegt zwischen 1750 und 2000 Euro netto. Die FDP-Wähler kommen nur auf 1500 bis 1750 Euro. Jeder vierte Wähler von euch verdient 3000 Euro netto und mehr. Die FDP hat in dieser Preisklasse nur 23 Prozent. Dennoch hatte die FDP gerade noch Geld genug für einen Briefbogen, um euch im Oktober 2004 ein paar Wahrheiten aufzuschreiben. Nämlich die «zehn rotgrünen Einschränkungen der Bürgerrechte», denen ihr mit eurer Zustimmung einen basisdemokratischen Anstrich verpasst habt.

Zugestimmt habt ihr zum Beispiel dem Finanzförderungsgesetz, das den Finanzbehörden Zugriff auf Privatkonten gibt. So kann man Terroristen schnappen, sagt ihr, aber der Hauptnebeneffekt (das Wort kommt von «Hauptnebenwiderspruch») ist auch nicht schlecht: die Konten-Überwachung der ALG-II-Empfänger.

Zugestimmt habt ihr auch dem «Terrorismusbekämpfungsgesetz». Ein böses Überwachungs- und Kontrollpaket, das in parlamentarischen Kreisen nur «Schily II» genannt wird. Zugestimmt habt ihr außerdem der Abschussgenehmigung für mutmaßlich von Terroristen entführte Passagierflugzeuge. Ein Schlag gegen die Verfassung. Darf der Staat nach eurer Meinung tatsächlich das Leben unschuldiger Passagiere in der Luft gegen mögliche Anschlagopfer am Boden abwägen? Wie war das noch mit den Grundsätzen? Die FDP übrigens hat keiner der Bürgerrechtseinschränkungen zugestimmt.

Joschka Fischer spricht auf euren Parteitagern gerne von den Widersprüchen, die es programmatisch aufzulösen gelte. So gebe es ein «Spannungsverhältnis» zwischen Grundrechten und den Maßnahmen, die «in Zeiten des Terrors zu ihrer Bewahrung diskutiert werden». Damit hat der grüne Außenminister Anfang Oktober 2004 nicht nur locker vom Hocker den russischen Präsidenten Putin und seine jüngsten Unterdrückungsmaßnahmen nach dem Terroranschlag in Beslan verteidigt. Damit hat er auch die Argumentation der amerikanischen Regierung übernommen, die ihre weit reichende Abschaffung demokratischer Rechte mit dem Kampf gegen den Terrorismus begründet. Es gab eine Zeit, da hat derselbe Mann im Bundestag die

Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien angegriffen. Wer ihn heute nach Tschetschenien fragt, bekommt als Antwort nur die mimische Knautschzone und ein gequetschtes «Sowohl-als-auch».

Ihr Bündnisgrünen! "(«Liebe Grüne» kommt mir einfach nicht mehr über die Lippen.)"

Die Liste eurer «Widersprüche» ist lang, und man möchte nicht in sie verwickelt werden. Die Friedenstauben habt ihr abgeschossen, und was «Schwerter zu Pflugscharen» bedeutet, weiß nicht mal mehr die grüne Landwirtschaftsministerin. Eure eigenen Grundrechte haltet ihr mit dem Einzug in den Bundestag für ausreichend verwirklicht, und der Kampf um die sozialen Rechte der vielen würde ein paar klitzekleine Gedanken über die Eigentumsverhältnisse erfordern, aber dazu hat es bei euch nie gereicht. Je sichtbarer die Gesellschaft wieder in Klassen zerfällt, desto eifriger schlagt ihr euch auf die Seite der Gewinner. Bei Hartz IV wollt ihr nicht nur Mitläufer, sondern gar «Reformmotor» sein, denn sonst werden «die sozialen Sicherungssysteme vor die Wand gefahren» (Krista Sager), und dann würden «andere kommen, die noch ganz andere Programme haben» (Fritz Kuhn). Kein bekanntes Argument der Wirtschaft, das auf dem Cottbusser Parteitag nicht von euch zustimmend wiederholt worden wäre. Und Reinhard Bütikofer? Der Mann ist sein Geld wert. Wie der um die Gunst der nimmersatten Wirtschaftseliten buhlte, von so viel Geschmeidigkeit dürfte sogar die FDP noch träumen: «Die eigentlichen Blockierer in diesem Land», rief euch Bütikofer mit Blick auf den CSU-Sozialpolitiker Horst Seehofer zu, «sind die Schwarzen.» Das muss man wirken lassen. So verkauft der Mitläufer seinen Konformismus als Querdenkerei. Leute wie ihr, denen man einen Grundkurs im Neinsagen verordnen möchte, betteln um Lob fürs Jasagen. Ja zu Hartz IV. Ja zur Senkung des Spitzensteuersatzes. Ja zur Kürzung oder Streichung solcher Subventionen, die bisher den Arbeitnehmern zugute kamen: Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Kohlesubventionen.

Nein, ihr habt nichts zu tun mit Arbeitern. Mit Schweißgeruch. Mit Menschen in Maschinenhallen oder an Fließbändern. Mit Möbelpackern oder Heizungsmonteuren. Mit Schützenvereinen und Angelsportclubs. Mit Hauptschülern oder sonntäglichen Kirchgängern. Nein, das Volk liegt euch nicht. Ihr seid aufgeklärt, ihr seid gebildet, ihr habt Geschmack. Und Kultur. Ihr seid nicht nur die Besserverdiener, ihr seid auch die Besserwisser. Ihr kennt den Unterschied zwischen französischer und italienischer Salami, und das Spätgeborene wird mit frisch geschrotetem Müsli ernährt. Die Zahnbürste ist biodynamisch angebaut und die Bettdecke garantiert rückstandsfrei. Auf dem Küchentisch (unbehandeltes Holz!) warten die Bücherbeilagen der Zeit, und eure Ideen für die Zukunft stammen aus alternativen Reiseführern. Was man von indigenen Völkern so alles lernen kann ... Doch die Welt interessiert euch nur als Bühne für die Demonstration eurer kulturellen Überlegenheit. Ihr wähnt euch weltoffen und freidenkerisch, aber tatsächlich habt ihr das Dasein in einem Hochsicherheitstrakt gewählt.

Ihr Grünen. Niemand hat so ökologische Spießertäume. Solarzellen auf dem Eigenheim, das Klopapier von Manufactum und im Volvo Biogas. Die größte Provokation, die von euch droht, ist eine Koalition mit der CDU. Nur wen bitte soll das noch aus der Fassung bringen? Teile dieser Partei habt ihr doch schon rechts überholt.

Auf dem Parteitag in Cottbus 2003 durfte - wie so oft - euer Christian-Ströbele den Part des «Widerspenstigen» übernehmen. Den letzten «Linken» in der Partei muss ab und zu doch noch ein Zuckerchen gegeben werden. Ströbele also forderte die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, der Saal jubelte, der Vorstand gab sich vergrämt, aber anschließend konnte in Ruhe die Agenda 2010 abgesegnet werden. Später, «off the records» sozusagen, kommentierte Joschka Fischer süffisant den Auftritt Ströbeles: Das sei das «berühmte Ventil» für die parteiinternen Kritiker gewesen. Anfang September 2004 kamen dann Wirtschaftsforscher im Auftrag der Grünen zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass eine Vermögenssteuer vor allem «unerwünschte Nebenwirkungen» haben würde, wie es eure Wirtschaftsneoliberale Christine Scheel formulierte. Kapitalflucht nämlich. Aber die Niederlande zum Beispiel fahren gut mit einer Vermögenssteuer in Höhe von 1,2 Prozent. Mit einem vergleichbaren Modell könnte die Bundesregierung 10,5 Milliarden Euro einnehmen.

Ihr Grünen! Gar nicht lange ist es her, da warnte euer Bundesumweltminister Trittin mit einem Buch vor der «Gefahr aus der Mitte». Davor müsst ihr euch nicht mehr fürchten. Die seid ihr nun selbst.